

«Nicht jedes Problem der Volksschule ist auf Zuwanderung zurückzuführen»

Mehr Diktate, mehr Kopfrechnen – und weniger fremdsprachige Kinder pro Klasse: Die Lösungen der SVP gegen die «Krise der Volksschule» sorgen beim Lehrerverband für Kritik.



30.01.2026, 23:11 30.01.2026, 23:11

julian spörri / ch media

Die Liste ist lang: Mit einem ganzen Bündel an Massnahmen will die SVP die Volksschule aus der Krise führen. Am Wochenende stellte die Partei ihr neues Bildungspapier vor. Dieses fordert unter anderem mehr Diktate, mehr Kopfrechnen sowie das Auswendiglernen von Gedichten, um die sinkenden Leistungen an den Schweizer Schulen zu stoppen.



Die SVP diagnostiziert eine «Krise der Volksschule». (Symbolbild)

bild: keystone

Nun nimmt der Dachverband der Lehrerinnen und Lehrer Stellung – und spart nicht mit Kritik. Viele der vorgeschlagenen Lösungsansätze orientierten sich «an veralteten pädagogischen Vorstellungen», teilt der Verband am Mittwoch mit. «Sie werden der heutigen Realität der Volksschule mit ihrer hohen gesellschaftlichen Komplexität, der Vielfalt der Lernenden und den gestiegenen fachlichen Anforderungen nicht gerecht.»

SVP möchte Anteil fremdsprachiger Kinder deckeln

Der Lehrerverband unter der Leitung von Dagmar Rösler erkennt im Bildungspapier der SVP durchaus positive Seiten. Er begrüßt es, dass die grösste Schweizer Partei der Volksschule politische Aufmerksamkeit schenkt. Zudem teilt er die Einschätzung, dass die Situation mit dem Lehrermangel und der hohen Alltagsbelastung anspruchsvoll sei. Der Umgang des Positionspapiers mit dem Thema Migration sieht er jedoch «kritisch». «Nicht jedes Problem der Volksschule ist auf Zuwanderung zurückzuführen», heisst es in der Mitteilung. Die «unbelegten Rückschlüsse» griffen zu kurz und erschwerten eine sachliche Debatte.

Die SVP fordert eine Deckelung des Anteils fremdsprachiger Kinder pro Klasse, da das Unterrichtsniveau ab einem Schwellenwert von 30 Prozent sinke. Zudem will die Partei ausländische Eltern verpflichten, ihre Kinder vor dem ersten Schultag auf eigene Kosten in die sprachliche Frühförderung zu schicken. Diese ist heute kantonal unterschiedlich ausgestaltet.

Der Lehrerverband spricht sich zwar für ein Obligatorium der sprachlichen Frühförderung aus, sieht bei der Kostenfrage jedoch die Politik in der Verantwortung. «Die SVP stellt breite Forderungen auf, war aber in den letzten Jahren stets jene Partei, die Mehrausgaben für Bildung und insbesondere Frühförderung bekämpfte.» Man nehme die Partei nun in die Verantwortung, politisch für die von der Volksschule benötigten Mittel einzustehen.